



WIN | WIR IN NIEDERSACHSEN

NEWSLETTER DER INTEGRATIONSBEAUFTRAGTEN DES LANDES NIEDERSACHSEN

FOKUS

Die Rolle von Religionen im Integrationsprozess

Religiöse Vielfalt und Integration



Foto: shutterstock.de · De Visu

NIEDERSACHSEN | Die religiöse Landschaft Deutschlands ist durch Migration vielfältiger geworden. Den verschiedenen Religionsgemeinschaften kommt eine besondere Rolle im Integrationsprozess zu. Hieraus ergeben sich aber auch spezielle Anforderungen an Bund, Länder und Kommunen, um die gesetzlich zugesicherte und ungehinderte Freiheit der Religionsausübung aus dem Grundgesetz zu gewährleisten.

Gute Beispiele für das Bewusstsein der gesellschaftlichen Verantwortung von unterschiedlichen Religionsgemeinschaften in Deutschland gibt es viele. So hat die Jüdische Gemeinde in Hannover im letzten Jahr eine eigene KiTa gegründet, in der Kinder, egal welcher Konfession, denn nur die Hälfte ist jüdischen Glaubens, betreut werden. Die Trägerschaft der Jüdischen Gemeinde zeigt beispielhaft, dass sich die Religionsgemeinschaften ihrer

Verantwortung nicht nur bewusst sind, sondern ihre Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe auch wahrnehmen. Durch Zuwanderung hat sich die religiöse Vielfalt in Deutschland verändert. Buddhistische Tempel, verschiedene orthodoxe Kirchen, Moscheen, Kultur- oder Gebetsräume der Yeziden und der Aleviten sowie neu errichtete jüdische Synagogen und Gebäude weiterer Religionsgemeinschaften ergänzen die vorrangig durch christliche Kirchen geprägte Landschaft. Der Islam ist nach der christlichen Gemeinschaft zur zweitgrößten Religionsgemeinschaft in Deutschland angewachsen. Die Deutsche Islamkonferenz schätzt die Zahl der in Deutschland lebenden Muslime auf 3,8 bis 4,3 Millionen. Im Handlungsprogramm Integration wird die Zahl der allein in Niedersachsen lebenden Menschen muslimischen Glaubens auf über 200.000 geschätzt. →

EDITORIAL



INTEGRATIONSBEAUFTRAGTE
DES LANDES NIEDERSACHSEN



LIEBE LESERINNEN UND LESER,

die Feiertage sind vorbei, ein neues Jahr hat begonnen und damit auch die Diskussionen über die Integration. Dass die Säulen der Integration die Bildung und Arbeitsmarktintegration sind, ist unbestritten; welche Rolle jedoch die Religion im Integrationsprozess hat, gibt Anlass zu vielen unterschiedlichen Ansichten. Auf Bundes-, Landes- oder auch kommunaler Ebene gibt es zahlreiche Initiativen und Projekte, die dafür sorgen, dass der Dialog zwischen den Religionen, aber auch zwischen Staat und Religionsgemeinschaft gelingt.

In dieser Ausgabe widmen wir uns dieser Frage und würden uns freuen, wenn auch Sie in Ihren Bereichen neue Denkanstöße finden, den Dialog zu unterstützen. Wie so oft gilt auch hier: Das Rad muss nicht neu erfunden werden! Gute Beispiele gibt es genug. So tauschen sich katholische und evangelische Kirche und die Moscheegemeinden in Lehrte regelmäßig aus, laden sich zu Weinachten oder Ramadan ein, damit auch die Scheu vor Moscheen und Kirchen genommen wird. Wie so oft: Kleine Schritte verändern große Debatten!

Herzlichst
Ihre

Honey Deihimi,
Integrationsbeauftragte des Landes Niedersachsen

HIGHLIGHTS

Foto: Bundesregierung/Bergmann



WIN DABEI 7
Vierter Integrationsgipfel in Berlin

Nationaler Aktionsplan macht Integration verbindlicher



WIN DABEI 8
„Migrantinnen in Niedersachsen“ sorgen für Bewegung

Landesweite Initiative zieht positive Bilanz

INHALT

FOKUS 1 — 4
Religiöse Vielfalt als Ausdruck einer bunten Gesellschaft

Die Rolle von Religionen im Integrationsprozess

WIN INFORMIERT 5
„Vielfalt schätzen – Zusammenhalt fördern.“

Bundespräsident Christian Wulff zum Tag der Deutschen Einheit 2010

WIN DABEI 6
Erstes Forum Integration in der Hauptstadt

Integration zukünftig ständiges Thema der Landesvertretung in Berlin

Mehr Migranten sollen Lehrer werden

Erster Schülercampus an der Universität Oldenburg

WIN DABEI 7
Vierter Integrationsgipfel in Berlin

Nationaler Aktionsplan macht Integration verbindlicher

Modellprojekt soll weitergeführt werden

Potenziale von Gründern mit Migrationshintergrund fördern

WIN DABEI 8
„Einheit im Ziel – Vielfalt der Wege“

Integrationsministerkonferenz in Rheinland-Pfalz

WIN DABEI
Landesweite Initiative zieht positive Bilanz

„Migrantinnen in Niedersachsen“ sorgen für Bewegung

WIN INTERVIEW 9
Vier Fragen an Dr. Bernd Althusmann

Niedersachsens Kultusminister im Gespräch

WIN DABEI 10
Eigenes Aufenthaltsrecht für gut integrierte Jugendliche

Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder in Hamburg

Professionalität, Engagement und Ehrenamt geehrt

Italienische Community in Niedersachsen verleiht Preis

WIN PORTRÄT 11
„Ich bin ein Verbandsfunktionär.“

Im Gespräch mit Michael Fürst

VERSCHIEDENES 12
Termine, Buchempfehlungen

IMPRESSUM

Herausgeber:

Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration · 30169 Hannover
 Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Honey Deihimi

Redaktion:

Feuerstein Redaktion & PR Hannover · www.feuerstein-redaktion.de
 Redaktionelle Mitarbeit: Birk Grüling

Layout:

publish! Medienkonzepte GmbH Hannover · www.publish-medien.de

Fotos:

Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration, shutterstock.com

Druck:

Quensen Druck+Verlag, Hildesheim



Wenngleich Muslime somit die größte Gruppe der zugewanderten Religionen bilden, sind dennoch sämtliche Angehörige unterschiedlichster Religionsgemeinschaften in den Blick der Integrationsbemühungen zu nehmen. Auch Zugewanderte aus jüdischen, yezidischen, alevitischen, hinduistischen, buddhistischen und anderen Glaubensgemeinschaften sind ein Teil Niedersachsens. Eine wichtige Voraussetzung für die Integration dieser Menschen ist ihre Beteiligung an gesellschaftlichen und politischen

Strukturen. Religionsgemeinschaften nehmen soziale und kulturelle Aufgaben wahr, schaffen Begegnungsmöglichkeiten, leisten Jugendarbeit, bringen sich in vielerlei Hinsicht ein und unterstützen Projekte vor Ort, wie im eingangs erwähnten Beispiel. Sie können dem Einzelnen helfen, geben Orientierung und können Integrationsbemühungen fördern. Die Ausübung der Religionsfreiheit aller Religionen ist in Niedersachsen und Deutschland konsequenter Ausdruck einer vielfältigen Gesellschaft. Die Freiheit der

WIN INFORMIERT

Auszüge aus dem Grundgesetz (GG) sowie der Weimarer Verfassung (WRV) von 1919

Artikel 4 GG, Grundrechte [Glaubens- und Gewissensfreiheit]

(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.

(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet. [...]

sellschaften innerhalb des Reichsgebiets unterliegt keinen Beschränkungen.

(3) Jede Religionsgesellschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbstständig innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes. Sie verleiht ihre Ämter ohne Mitwirkung des Staates oder der bürgerlichen Gemeinde. [...]

Artikel 140 GG [Recht der Religionsgemeinschaften]

Die Bestimmungen der Artikel 136, 137, 138, 139 und 141 der deutschen Verfassung vom 11. August 1919 sind Bestandteil dieses Grundgesetzes.

Artikel 141 WRV

Soweit das Bedürfnis nach Gottesdienst und Seelsorge im Heer, in Krankenhäusern, Strafanstalten oder sonstigen öffentlichen Anstalten besteht, sind die Religionsgesellschaften zur Vornahme religiöser Handlungen zuzulassen, wobei jeder Zwang fernzuhalten ist.

Stand: September 2010

Artikel 137 WRV

(1) Es besteht keine Staatskirche.
 (2) Die Freiheit der Vereinigung zu Religionsgesellschaften wird gewährleistet. Der Zusammenschluss von Religionsge-

Das vollständige Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland gibt es zum Download unter: www.bundestag.de. |

WIN STELLT VOR

Modellversuch Runder Tisch: Islamischer Religionsunterricht in Niedersachsen

Im Jahr 2002 wurde unter Moderation des Niedersächsischen Kultusministeriums ein Runder Tisch einberufen, an dem Vertreterinnen und Vertreter der in Niedersachsen existierenden bedeutenden islamischen Verbände und Vereine einen gemeinsamen religiösen Glaubenskonsens der Muslime formulierten. Auf dieser Grundlage wurde ein vom Land verantworteter Lehrplan für den Schulversuch „Islamischer Religionsunterricht“ erstellt, der mittlerweile an 42 Grundschulstandorten im Flächenland angeboten wird. Im Schuljahr 2010/2011 waren weit über

2.000 Schülerinnen und Schüler zum „Islamischen Religionsunterricht“ angemeldet. Der Unterricht soll muslimischen Schülerinnen und Schülern Wissen und Kenntnisse über ihre eigene und über andere Religionen sowie ihre eigene religiöse Identität vermitteln und sie zu einer mündigen Glaubensentscheidung befähigen. Bisher verfügbare Ergebnisse belegen, dass der Schulversuch im besonderen Maße zur Integration sowohl der Schülerinnen und Schüler als auch der Eltern beiträgt. Der islamische Religionsunterricht ist staatlich. |



ungestörten Religionsausübung sowie der generellen Glaubens- und Gewissensfreiheit des Einzelnen ist im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland (GG) im Artikel 4 als Grundrecht gesichert. So ist durch den Artikel 140 GG in Verbindung mit Artikel 137 Abs. 1 der Weimarer Verfassung als Bestandteil des GG die Trennung von Staat und Kirche gesetzlich verankert und sichert den anerkannten religiösen Gemeinschaften weitgehende Autonomie innerhalb bestehender Rechts zu (vgl. Infobox Seite 2). Nach dem Neutralitätsgebot darf der Staat

Rechtes die Grundrechte anderer Menschen verletzt oder grundlegende Wertentscheidungen des Grundgesetzes berührt sind. Diese wechselseitige Begrenzung schützt die Freiheitsrechte jedes einzelnen Bürgers ebenso wie die Autorität des säkularen Staates und den Entfaltungsspielraum religiöser Gemeinschaften. Es bedeutet nicht, dass es keine Kooperationen zwischen Staat und Religionsgemeinschaften geben darf, denn Staat, Länder und

mit die uneingeschränkte Ausübung der Religionsfreiheit allerdings nicht. Ein Problem für beide Seiten, dem sich auf Bundesebene auch die seit 2006 bestehende Deutsche Islamkonferenz (DIK) widmet. Die DIK soll einen Dialog zwischen Staat und den Muslimen in Deutschland darstellen. Sie behandelt Fragen, die das Zusammenleben und die Integration von Muslimen in die deutsche Gesellschaftsordnung betreffen. Ein wichtiges Ergebnis der DIK ist das so genannte „de Wall Papier“ aus dem Zwischenresümee vom 13. März 2008. In ihm wurden die Möglichkeiten einer verfassungsrechtlichen Grundlage für die gesetzliche Anerkennung des Islams als eigene Religionsgemeinschaft erarbeitet. Die Ergebnisse sind zu finden auf: www.deutsche-islam-konferenz.de. Dennoch liegt die Kompetenz, wenn es um Religionsgemeinschaften geht, bei den Ländern und nicht beim Bund. Dies ist verfassungsrechtlich so geregelt. In Niedersachsen wird bereits vieles getan. Seit August 2003 wird „Islamischer →

Im Dialog mit und zwischen den einzelnen Religionen gibt es noch Handlungsbedarf.

sich nicht mit einem bestimmten religiösen oder weltanschaulichen Bekenntnis identifizieren, sondern muss allen Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften neutral und tolerant gegenüberstehen. Das Grundrecht des Einzelnen auf freie Ausübung der Religion kann der Staat nicht durch Gesetze einschränken. Es findet allerdings dort seine Grenzen, wo durch die Ausübung des

Kommunen können Rahmenbedingungen schaffen und Initiativen fördern, welche die Integration von Menschen unterschiedlichster Religionen und damit der gesamten Religionsgemeinschaften positiv beeinflussen. Für nach dem Grundgesetz nicht anerkannte Religionsgemeinschaften wie dem Islam beispielsweise gilt die verfassungsrechtliche Autonomie und da-



Religionsunterricht“ erfolgreich im Rahmen eines Schulversuchs auf Landesebene angeboten (vgl. Infobox auf Seite 3). Darüber hinaus werden seit 2007 an der Universität Osnabrück auch Religionslehrerinnen und -Lehrer für Grund-, Haupt- und Realschulen im Fach Islamischer Religionspädagogik ausgebildet. In Niedersachsen haben Imame die Möglichkeit, sich in einem Programm für Dialog und Begegnung fortzubilden, um als religiöse Schlüsselpersonen ihre mögliche „Brückenfunktion“ im Integrationsprozess zu stärken. Zahlreiche weitere Initiativen auf Landesebene und auf kommunaler Ebene, wie das Haus der Religionen in Hannover (www.haus-der-religionen.de), zielen auf den Dialog der Religionen im Integrationsprozess ab.

Aber auch wenn auf allen Ebenen der Dialog mit den und zwischen den Religionen voran schreitet, gibt es noch reichlich Handlungsbedarf. Die aktuelle Diskussion um das Tragen einer Burka im öffentlichen Dienst zeigt beispielhaft, dass gesetzliche Bemühungen und alltägliche Praxis manchmal noch weit auseinander liegen. Gleichzeitig stehen wir aber auch vor Fragen, wie zum Beispiel die Seelsorge für alle Glaubensgemeinschaften gewährleistet werden kann oder ob alle Religionsgemeinschaften nach ihren Maßgaben bestanden können.



Foto: Martin Steiner

Die jüdische KiTa Sternkinder in Hannover ist Beispiel für die gesellschaftliche Verantwortung von Religionsgemeinschaften

Der Dialog der Religionsgemeinschaften untereinander, die Kommunikation mit Institutionen und Integrationsakteuren vor Ort sowie die verstärkte Einbeziehung insbesondere zugewanderter Religionsgemeinschaften in bestehende Netzwerke, als auch die Anerkennung der vielfältigen Religionsgemeinschaften sind wichtige Bausteine nachholender Integrationspolitik, nicht nur in Niedersachsen. Strukturell ist von neu

hinzukommenden Glaubensgemeinschaften in der Einwanderungssituation zu erwarten, dass sie für sich klären, ob und wie sie sich in das staatskirchenrechtliche System in Deutschland einpassen, wobei davon auszugehen ist, dass sie sich an den grundgesetzlichen Vorgaben orientieren und sich der Mitverantwortung für das Gelingen der Integration von Zugewanderten in unserer Gesellschaft bewusst sind. |

WIN FOKUS · TÜRKISCH



AŞAĞI SAKSONYA | Göç ile Almanya'daki dinsel çeşitlilik değişmiştir. İslam, Almanya'da Hıristiyan Topluluğundan sonra en büyük ikinci dini birlik olarak gelişmiş olsa da, yine de çeşitli dini toplulukların mensupları uyum çalışmalarına dahil edilmelidir. Göç etmiş olan Yahudiler, Yezidiler, Aleviler, Budistler de olmak üzere, dini toplulukların tüm çeşitleri Aşağı Saksonya'nın bir parçasıdır.

Rahatsız edilmeksizin dini amelleri yerine getirmek, aynı zamanda her bir bireyin genel din ve vicdan özgürlüğü Almanya Federal Cumhuriyeti'nin Anayasası'nın 4. maddesinde temel hak olarak güvence altına alınmaktadır. Böylelikle Weimar Anayasa'sının 137. maddesinin 1. bendi ile bağlantılı olarak 140. maddesinde,

Anayasa'nın bir parçası olarak devlet ve kilisenin birbirinden ayrılması yer almakta ve diğer özerkliklerin kabul edilen dini topluluklarını mevcut yasa içerisinde güvence altına almaktadır (karşılaştır Infobox Sayfa 2). Tarafsızlık emrinden sonra devlet kendisini belli bir dinle veya dünya görüşü inancıyla özdeşleştiremez, bilakis tüm dini ve dünya görüşü inançlarına tarafsız ve hoşgörülü yaklaşacaktır. Herkesin dini amellerini yerine getirme yönündeki temel haklarını devlet kanunlar ile sınırlayamaz. Ancak bunun da sınırı, bu haklar kullanılırken başka insanların temel haklarının ihlal edildiği veya anayasanın esas temel kararlarına dokunulduğu noktadır. Bu karşılıklı sınırlama her bir vatandaşın özgürlük haklarını, aynı şekilde laik devletin otoritesini ve dini toplulukların genişleme alanını korumaktadır.

Ancak yasalar ile kabul görmeyen, örneğin İslamiyet gibi dini topluluklar için, anayasal özerklik ve böylelikle dini özgürlüğün sınırsız bir şekilde uygulanması geçerli değildir. Bu her iki taraf için de bir sorun teşkil etmektedir. Fakat dini topluluklar söz konusu olunca yine de yetki, birliğe değil, devlete aittir. Bu anayasal olarak bu şekilde düzenlenmiştir. Ama diyalogun tüm düzlemlerinde din ve dinler arası hususlar söz konusu olunca, çok fazla hareket gereksinimi söz konusu olmaktadır. Örneğin, çarşafın kamu hizmetlerinde giyilmesi ile ilgili güncel tartışma, yasal gayretler ve günlük hayattaki uygulamanın bazen birbirinden çok ayrı uçlarda olduğunu göstermektedir. |

Übersetzung durch
GLOBUS Sprachendienste

WIN INFORMIERT

Bundespräsident Christian Wulff zum Tag der Deutschen Einheit 2010

„Vielfalt schätzen – Zusammenhalt fördern.“

BREMEN | Auszüge aus der Rede von Bundespräsident Christian Wulff anlässlich des Tags der Deutschen Einheit 2010 in Bremen

[...] Seit 20 Jahren sind wir wieder „Deutschland einig Vaterland“. Doch was meint „einig Vaterland“? Was hält uns zusammen? Sind wir zusammengewachsen, trotz aller Unterschiede? [...]

Deutschland konnte als Ganzes wieder zum gleichberechtigten Mitglied der Völkergemeinschaft werden. Wir sind umgeben von Freunden. Welch ein großes Glück – für unser Land und alle Menschen in Europa. [...] **Unser Land ist offener geworden, der Welt zugewandter, vielfältiger – und unterschiedlicher.** Alltag und Lebensentwürfe haben sich gewandelt. [...] Manche Unterschiede lösen Ängste aus. Leugnen dürfen wir sie nicht. Trotzdem kann gar nicht oft genug gesagt werden: **Ein freiheitliches Land wie unseres – es lebt von Vielfalt,** es lebt von unterschiedlichen Lebensentwürfen, es lebt von Aufgeschlossenheit für neue Ideen. Sonst kann es nicht bestehen. Zu viel Gleichheit erstickt die eigene Anstrengung und ist am Ende nur um den Preis der Unfreiheit zu haben. Unser Land muss Verschiedenheit aushalten. Es muss sie sogar wollen. Aber zu große Unterschiede gefährden den Zusammenhalt. Vielfalt schätzen, Risse in unserer Gesellschaft schließen – das bewahrt vor Illusionen, das schafft echten Zusammenhalt. Das ist die Aufgabe der „Deutschen Einheit“ heute. [...] „Wir sind ein Volk!“ Dieser Ruf der Einheit muss heute eine Einladung sein an alle, die hier leben. [...]

Wenn mir deutsche Musliminnen und Muslime schreiben: „Sie sind unser Präsident“ – dann antworte ich aus vollem Herzen: Ja, natürlich bin ich Ihr Präsident! Und zwar mit der Leidenschaft und Überzeugung, mit der ich der Präsident aller Menschen bin, die hier in Deutschland leben. [...]

Natürlich spielt es eine Rolle, woher einer kommt. Es wäre schade, wenn das nicht so wäre. Aber die entscheidende

Botschaft dieses Appells lautet: Wir sind Deutschland!

Wir sind Deutschland. Ja: Wir sind ein Volk. Weil diese Menschen mit ausländischen Wurzeln mir wichtig sind, will ich nicht, dass sie verletzt werden in durchaus notwendigen Debatten. Legendenbildungen, die Zementierung von Vorurteilen und Ausgrenzungen dürfen wir nicht zulassen. Das ist in unserem eigenen nationalen Interesse.

Denn die Zukunft, davon bin ich felsenfest überzeugt, gehört den Nationen, die offen sind für kulturelle Vielfalt, für neue Ideen und für die Auseinandersetzung mit Fremden und Fremdem.

Deutschland – mit seinen Verbindungen in alle Welt – muss offen sein gegenüber denen, die aus allen Teilen der Welt zu uns kommen. Deutschland braucht sie! Im Wettbewerb um kluge Köpfe müssen wir die Besten anziehen und anziehend sein, damit die Besten bleiben. [...] Wir sind weiter, als es die derzeitige Debatte vermuten lässt. Es ist längst Konsens, dass man Deutsch lernen muss, wenn man hier lebt. Es ist Konsens, dass in Deutschland deutsches Recht und Gesetz zu gelten hat. Für alle – wir sind ein Volk.

Es gibt Hunderttausende, die sich täglich für bessere Integration einsetzen. Viele – zum Beispiel als Integrationslotsen – freiwillig, uneigennützig und ehrenamtlich. Unsere Kommunen und die Länder leisten Beträchtliches, wenn sich Politik und Bürger zusammentun. Alle sollen gemeinsam das Netz weben, das unsere Gesellschaft in aller Vielfalt und trotz aller Spannungen zusammenhält.

Auch wenn wir weiter sind, als es die derzeitige Debatte vermuten lässt, sind wir ganz offenkundig nicht weit genug. Ja, wir haben Nachholbedarf, ich nenne als Beispiele: Integrations- und Sprachkurse für die ganze Familie, Unterrichtsangebote in Muttersprachen, islamischen Religionsunterricht von hier ausgebildeten Lehrern und selbstverständlich in deutscher Sprache. Und ja, wir brauchen auch viel mehr Konsequenz bei der Durchsetzung



Foto: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

von Regeln und Pflichten – etwa bei Schulschwänzern. Das gilt übrigens für alle, die in unserem Land leben.

Zu allererst brauchen wir aber eine klare Haltung. **Ein Verständnis von Deutschland, das Zugehörigkeit nicht auf einen Pass, eine Familiengeschichte oder einen Glauben verengt, sondern breiter angelegt ist.** Das Christentum gehört zweifelsfrei zu Deutschland. Das Judentum gehört zweifelsfrei zu Deutschland. Das ist unsere christlich-jüdische Geschichte. Aber der Islam gehört inzwischen auch zu Deutschland. [...]

Es geht darum, dieses Land zu einem Zuhause zu machen – für alle; sich einzusetzen für gerechte Verhältnisse – für alle. **Dieses Land ist unser aller Land, ob aus Ost oder West, Nord oder Süd und egal mit welcher Herkunft.** Hier leben wir, hier leben wir gern, hier leben wir in Frieden zusammen – hier stehen wir ein für Einigkeit und Recht und Freiheit. [...]

Die Rede im Originalwortlaut sowie die Rede Christian Wulffs vor der Großen Nationalversammlung der Türkei am 19. Oktober 2010 in Ankara gibt es unter: www.bundespraesident.de.

WIN DABEI
Integration zukünftig ständiges Thema der Landesvertretung in Berlin

Erstes Forum Integration in der Hauptstadt

BERLIN | Zum ersten mal fand in der Landesvertretung in Berlin das „Forum Integration“ auf Einladung der Bevollmächtigten des Landes Niedersachsen in Berlin, Dr. Martina Krogmann, statt.

Der Auftaktveranstaltung in der Landesvertretung Niedersachsens sollen zukünftig weitere Foren zum Thema Integration folgen, die jeweils unterschiedliche Schwerpunktthemen behandeln. Beim ersten Forum wurden die Niedersächsische

Ministerin für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration, Aygül Özkan, sowie der Bundesgesundheitsminister Dr. Philipp Rösler vom ehemaligen ZDF-Journalisten Alexander Niemetz vor rund 500 Gästen nach ihren Einschätzungen als Vorbilder in der Politik zur Integration von in Deutschland lebenden Migrantinnen und Migranten befragt. Bundesgesundheitsminister Dr. Rösler betonte, dass es für einen jungen Menschen in der Pubertät sehr

schmerzhaft sein könne, immer wieder zu erklären, er sei Deutscher, obwohl er anders aussehe. Für die Niedersächsische Integrationsministerin Aygül Özkan ist der Schlüssel zu Bildung und Erfolg das Beherrschen der deutschen Sprache. Sie sei ihren Eltern sehr dankbar dafür, sie und ihre Geschwister frühzeitig in eine KiTa geschickt zu haben, denn dort konnte sie die deutsche Sprache perfekt erlernen. Mangelnde Deutschkenntnisse sind oftmals eines der größten Integrationshindernisse, so die Ministerin weiter. Die Sprachförderung, gerade in den ersten Lebensjahren, sei daher entscheidend. Um ihnen für ihr ehrenamtliches Engagement im Auftrag einer gelingenden Integration zu danken, lud Dr. Martina Krogmann des weiteren 50 Integrationslotsen aus ganz Niedersachsen zu einer Informationsreise in die Hauptstadt und der Teilnahme am ersten „Forum Integration“ ein. |



Dr. Philipp Rösler und Aygül Özkan diskutierten vor über 500 Gästen in Berlin

WIN DABEI
Erster Schülercampus an der Universität Oldenburg

Mehr Migranten sollen Lehrer werden

OLDENBURG | 31 Schülerinnen und Schüler aus Niedersachsen mit Migrationshintergrund nahmen im November letzten Jahres am Schülercampus „Mehr Migranten werden Lehrer“ an der Universität Oldenburg teil.

Studien belegen, dass Lehrerinnen und Lehrer mit Zuwanderungsgeschichte in Deutschland noch die Ausnahme bilden. Bundesweit sind es an allgemeinbildenden Schulen nur zwei Prozent. Dem entgegen steht aber ein Drittel an Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund. In manchen Klassen sind es sogar bis zu 90%. Dieser Unverhältnismäßigkeit möchte die Initiative „Schülercampus – Mehr Migranten werden Lehrer“ entgegenwirken. Der von der Zeit-Stiftung Eblein und Gerd Bucerius 2008 ins Leben gerufene Schülercampus soll das Interesse von jungen Menschen mit Migrationshintergrund für das Lehramtsstudium und den Lehrerberuf wecken. Der viertägige Kom-

pakturs umfasst eine schülergerechte Einführung in die fachlichen Grundlagen der Pädagogik und informiert praxisbezogen über das Berufsfeld des Lehrers sowie Chancen und Herausforderungen. Lehrkräfte mit Migrationshintergrund geben Einblicke in ihre eigene Bildungsbiografie und vermitteln Erfahrungen aus ihrem eigenen Lehrerstudium und Schulalltag. So will der Schülercampus die Jugendlichen mit Migrationshintergrund ermutigen, den Lehrerberuf gut informiert und motiviert zu ergreifen und eine Orientierungshilfe geben. Der erste Schülercampus in Oldenburg wurde in Kooperation mit dem Niedersächsischen Kultusministerium und Integrationsministerium sowie der Universität Oldenburg veranstaltet. Förderer sind die Niedersächsische Lotto-Sport-Stiftung, die TUI Stiftung und die EWE Stiftung Oldenburg. Der nächste Schülercampus in Niedersachsen soll im November 2011 stattfinden. |



Über 30 Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund informierten sich über den Lehrerberuf

WIN DABEI

Nationaler Aktionsplan macht Integration verbindlicher

Vierter Integrationsgipfel in Berlin

BERLIN | Mit dem Ziel Integration verbindlicher und überprüfbarer zu gestalten, lud im November 2010 Bundeskanzlerin Angela Merkel zum vierten Integrationsgipfel nach Berlin.

Die mehr als 16 Millionen Menschen aus Zuwandererfamilien in Deutschland bestmöglich zu integrieren, ist eine der größten Zukunftsaufgaben. Darüber waren sich die Bundesintegrationsbeauftragte Staatsministerin Maria Böhmer und die zahlreichen Gäste aus Politik und Gesellschaft einig, die zum vierten Mal am 3. November 2010 in Berlin zusammen trafen. Unter ihnen war auch Niedersachsens Integrationsministerin Aygül Özkan. Dabei helfen soll der Nationale Aktionsplan, eine Weiterentwicklung und Konkretisierung des Nationalen Integrationsplans. Die bereits vereinbarten Ziele wurden darin präzisiert und Zeitfenster für ihre Überprüfung festgelegt. So haben sich beispielsweise die Länder verpflichtet, bis 2012 umfangreiche Fortbildungsmaßnahmen für Lehrkräfte zur Erfüllung des Sprachbildungsauftrags zu schaffen.



Foto: Bundesregierung/Bergmann

Die Kanzlerin und die Bundesintegrationsbeauftragte sehen Integration als eine der größten Zukunftsaufgaben

Ein zentrales Thema des vierten Integrationsgipfels war die Sprachförderung. So haben im letzten Jahr mehr als 700.000 Migrantinnen und Migranten an den Deutschkursen teilgenommen. Über die Hälfte davon freiwillig, was aus Sicht der Ministerin ein großer Erfolg ist. Aber nicht nur Fördern sei wichtig, so der Tenor der Konferenz, sondern auch das Einfordern von Verpflichtungen. Dazu dienen sollen demnächst „Integrationsvereinbarungen“, die in Modellkommunen getestet werden. Die getroffenen Integrationsvereinbarungen schreiben nicht nur fest, was Zuwan-

derer an Unterstützung und Hilfe erwarten können, sondern auch was von Seiten der Bundesrepublik erwartet wird. Erprobt werden sollen die getroffenen Integrationsvereinbarungen ab dem ersten Quartal 2011, auch in Niedersachsen. Eine tragende Rolle werden dabei die Migrationsberatungsdienste vor Ort übernehmen. Weitere Schwerpunkte des Aktionsplans sind die Förderung von Ausbildungs- und Arbeitsmarktangeboten besonders für qualifizierte Migrantinnen und Migranten. Mehr Informationen unter: www.integrationsbeauftragte.de. |

WIN DABEI

Potenziale von Gründern mit Migrationshintergrund fördern

Modellprojekt soll weitergeführt werden

OSNABRÜCK | Der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund, die sich in Deutschland selbstständig machen, steigt beständig. Sie leisten damit einen erheblichen Beitrag bei der Schaffung von Arbeitsplätzen. Auf dieses Potenzial können Bund, Länder und Kommunen nicht verzichten.

Laut Statistischem Bundesamt stammte 2010 fast jeder fünfte potenzielle Existenzgründer in Deutschland aus einer Zuwandererfamilie. Doch viel zu oft werden regionale und kommunale Beratungsangebote und Förderhilfen bei der Existenzgründung aus Unkenntnis nicht genutzt. Darüber hinaus benötigen Gründerinnen und Gründer mit Migrationshintergrund oftmals eine individuelle Gründungsberatung, welche multikulturelle Aspekte berücksichtigt und hilft, gegenseitige Schwellenängste abzubauen. Hier setzt

das bundesweit einmalige niedersächsische Modellprojekt „Modellregion Osnabrück – Gründungsberatungsstrukturen – interkulturelle Kompetenzen schaffen“ an, das in Osnabrück zunächst über einen Zeitraum von einem Jahr erfolgreich durchgeführt wurde. Ziel des Projektes ist die Vermittlung von Impulsen für einen Aufbau und die Förderung interkultureller Kompetenz in den Gründungsinstitutionen vor Ort. Das mit dem Pilotprojekt erworbene Know-how soll auch auf andere Regionen Niedersachsens übertragen und weiterentwickelt werden. So wird das Modellprojekt in Braunschweig fortgeführt. Weitere Informationen zum Weg in die Selbstständigkeit gibt es auch auf dem ersten landeseigenen gründungsspezifischen Internetportal: www.gruenderfreundliches.niedersachsen.de. |



Der niedersächsische Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr Jörg Bode lobte das Modellprojekt in Osnabrück

WIN DABEI
Integrationsministerkonferenz in Rheinland-Pfalz

„Einheit im Ziel – Vielfalt der Wege“

MAINZ | Zur bereits 6. Integrationsministerkonferenz (IntMK) trafen sich die für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister sowie Senatorinnen und Senatoren der Länder im Februar in Mainz.

Unter dem ständigen Motto: „Einheit im Ziel – Vielfalt der Wege“ trafen sich die Mitglieder der IntMK im Februar 2011 in Rheinland-Pfalz, das turnusgemäß den Vorsitz der Konferenz inne hatte. Die Integrationsministerkonferenz unterstrich in einem Beschluss, auf Antrag Niedersachsens zusammen mit weiteren Bundesländern, vor allem die essenzielle Notwendigkeit der Integrationskurse für den Integrationsprozess. So wollen die Länder, wie im Nationalen Integrationsplan zugesagt, weiterhin verstärkt im Rahmen ihrer Zuständigkeiten und Möglichkeiten zur Steigerung des Erfolgs der Integrationskurse beitragen. Weiterhin beschloss die Konferenz einstimmig,



Foto: Mediathek masgff.rlp.de
Fotograf: Guido Steinacker

Die Integrationsministerinnen und Minister der Länder mit Staatsministerin Dr. Maria Böhmer

auf Einladung von Niedersachsens Integrationsministerin Aygül Özkan, eine länderoffene Arbeitsgruppe zum Thema „Elternarbeit und Netzwerke für Elternbildung, Frühe Hilfen und Integration“ einzusetzen. Hierzu soll die Jugend- und Familienministerkonferenz um Mitwirkung gebeten werden. Die IntMK beschloss ferner, auf Antrag Niedersachsens, zusammen mit Berlin und Hessen, die Freiwilligendienste für Integration zu öffnen und Migrantenselbstorganisationen als Träger von Freiwilligendiensten zu stärken, die hier eine herausragende Stel-

lung einnehmen. Hierzu soll u. A. das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) stärker für den Bereich Integration geöffnet werden. Die Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren betonen in ihrem Beschluss vor allem die Bedeutung des Aufbaus von Freiwilligendiensten in Trägerschaft von Migrantenselbstorganisationen als wichtige Akteure der Zivilgesellschaft und bitten die Bundesregierung, mit einer Informationskampagne auch für die Teilnahme von Jugendlichen mit Migrationshintergrund an den Freiwilligendiensten zu werben. |

WIN DABEI
„Migrantinnen in Niedersachsen“ sorgen für Bewegung

Landesweite Initiative zieht positive Bilanz

HANNOVER | Frauen nehmen im Integrationsprozess eine Schlüsselrolle ein. Sie sind unter anderem für die Betreuung und Erziehung der Kinder zuständig und somit in ihren Familien hauptverantwortlich für deren Bildungsprozess, der ihre gesellschaftliche Teilhabe garantiert und den Weg zu einer gelungenen Integration ebnet.

Aus diesem Grund sei es so wichtig, Frauen mit Migrationshintergrund darin zu stärken, ihre Position zu finden sowie sie zu ermutigen, ihre mitgebrachten Qualifikationen in die Gesellschaft einzubringen. Dies betonte Niedersachsens Sozial- und Integrationsministerin Aygül Özkan anlässlich der Abschlussveranstaltung der landesweiten Aktionswochen „Migrantinnen in Niedersachsen – Integration gestalten!“ am 22. November 2010 in Hannover. Ziel der insgesamt dreijährigen Initiative des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration in Kooperation mit den kommunalen Gleichstellungs-

beauftragten war es, auf die individuellen Bedürfnisse von Frauen mit und ohne Migrationshintergrund vor Ort einzugehen. Mit insgesamt 123 Projekten in mehr als 150 niedersächsischen Kommunen hat die Initiative erfolgreich und nachhaltig dazu beigetragen, vor Ort ein Klima der Akzeptanz zu schaffen und Barrieren auf beiden Seiten abzubauen. Mit kleinen Projekten wie einem Fahrradkurs, multikulturellen Kochkursen, Theaterprojekten oder Gesundheitsberatungen wurden Frauen mit und ohne Migrationshintergrund durch niedrigschwellige Angebote zusammengebracht, um Ängste und Vorurteile abzubauen. Als positiver Nebeneffekt haben die landesweiten Projekte in Kooperation mit den lokalen Trägern auch dazu beigetragen, die Kommunen besser miteinander zu vernetzen. Nun sei es wichtig, auf den Erfolgen aufzubauen und die Ergebnisse nachhaltig zu implementieren. Zu diesem Zweck informiert eine Wanderausstellung, welche bereits an 39 Standorten in Nieder-



Ministerin Aygül Özkan traf sich mit den kommunalen Gleichstellungsbeauftragten in Hannover

sachsen zu Gast war, über die Initiative sowie die einzelnen Projekte. Die Ausstellung kann auch weiterhin ausgeliehen werden. Informationen unter: www.migrantinnen-in-niedersachsen.de. |

WIN INTERVIEW

Niedersachsens Kultusminister im Gespräch

Vier Fragen an Dr. Bernd Althusmann

WIN: Als Kultusminister sind Sie auch zuständig für staatliche Angelegenheiten der Kirchen und Religionsgemeinschaften. Welche Rolle kommt den Religionen bei der Integration zu?

Bernd Althusmann: Aus meiner Sicht eine sehr große. Religion ist ein „Identitätsstifter“ wie die Muttersprache oder das Geschlecht und eine wichtige Ressource, aus der Kraft und Stärke für die Bewältigung des Alltags geschöpft werden kann. In jedem Religionsunterricht, sei er christlich, jüdisch, alevitisch oder islamisch, geht es um die Vermittlung von Wissen und dem reflexiven Umgang damit. Ziel des Unterrichts ist die individuelle Auseinandersetzung mit den Inhalten der eigenen Religion. Jeder Schüler und jede Schülerin soll für sich Antworten auf die Frage geben können: Was bedeutet



Niedersachsens Kultusminister
Dr. Bernd Althusmann

meine Religion für mich? Wer diese Frage für sich beantwortet hat, kann auch religiöse Entscheidungen anderer nachvollziehen und tolerieren. So verstanden ist ein bekenntnisorientierter Religionsunterricht eine Gelingensbedingung für den interreligiösen und interkulturellen Dialog.

WIN: Wird ein islamischer Religionsunterricht an niedersächsischen Schulen bald feste Alternative zum herkömmlichen Religionsunterricht sein?

Bernd Althusmann: Die niedersächsische Landesregierung sah und sieht es als ihre Verpflichtung an, das grundgesetzlich verbriefte Recht auf konfessionellen Religionsunterricht allen Schülerinnen und Schülern zu ermöglichen, insbesondere christlichen, jüdischen oder orthodoxen, aber auch muslimischen Schülerinnen und Schülern. Die geplante Einführung von islamischem Religionsunterricht als ordentliches Unterrichtsfach ist an wichtige Voraussetzungen und Grundlagen wie das Grundgesetz gebunden. Mit der Vereinbarung von Schura und DITIB im Januar 2011 wurden die grundsätzlichen Weichen gestellt. Jetzt geht es darum, einen Stufenplan für die nächsten 10 Jahre zu erarbeiten, auch um zum Beispiel sicherstellen zu können, dass genügend Lehrkräfte vorhanden sind.

WIN: Sie haben als eine der ersten Amtshandlungen ein eigenes Referat für interkulturelle Bildung in Ihrem Ministerium geschaffen, das „Referat für Integration durch Bildung und Kompetenzförderung“. Warum? Welche Veränderungen hat dies bereits gezeigt?

Bernd Althusmann: Das neue Referat koordiniert, verzahnt und bündelt die in verschiedenen Referaten entwickelten Einzelmaßnahmen und Projekte zu einem Gesamtkonzept und übernimmt die Funktion einer Querschnittsaufgabe. Hier wird ein Überblick erstellt über sämtliche Maßnahmen und Projekte zur Verbesserung des Bildungserfolgs, die auch Schülerinnen und Schüler mit Mig-

rationshintergrund betreffen. Es wird der Anschluss an landes- bzw. bundesweite und internationale Entwicklungen gesichert und weiter ausgebaut, um innovative Entwicklungen in Niedersachsen zu generieren. Dadurch sollen eine Erfolgsoptimierung und eine Effizienzsteigerung der zur Erreichung der strategischen Ziele eingeleiteten oder geplanten Maßnahmen und Projekte im Bereich „Integration durch Bildung“ erreicht werden. Durch ein eigenes Referat und die angemessene Repräsentanz in der Geschäftsverteilung des Hauses wird die hohe Bedeutung von „Integration durch Bildung“ und interkultureller Bildung auch nach außen sichtbar gemacht.

WIN: Bildung, Ausbildung und die Integration in den Arbeitsmarkt sind die Säulen von Integration. Dennoch stellt die Anerkennung von im Ausland erworbenen Bildungsabschlüssen die zuständigen Stellen immer wieder vor große Probleme. Was muss hier geschehen?

Bernd Althusmann: Gerade zum Beispiel bei der Lehrerausbildung gibt es strukturelle Unterschiede. Das beginnt schon mit der Vorbildung. Aber auch hinsichtlich der Qualitätssicherung an unseren Schulen ist eine Gleichwertigkeit zur hiesigen Lehramtsausbildung häufig nicht gegeben. Es fehlen auch Maßstäbe, nach denen ein Anerkennungsverfahren systematisch ablaufen könnte, anders als die Anerkennungspraxis von Abschlüssen aus den EU-Mitgliedstaaten. Wünschenswert für die Betroffenen selbst, aber auch für die anerkennenden Stellen wäre eine Orientierungssicherheit in der Zuständigkeit der Institutionen. Ein wichtiger Baustein wären Einrichtung oder Ausweitung von Beratungszentren mit kompetentem Fachpersonal. Nur so können die Betroffenen nach sachgerechter Beratung eine Entscheidung über ein Weiterstudium treffen. Wichtige Aspekte sind dabei natürlich die Dauer und die späteren Chancen hinsichtlich einer Einstellung. |

WIN DABEI

Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder in Hamburg

Eigenes Aufenthaltsrecht für gut integrierte Jugendliche

HAMBURG | Im November 2010 traf sich die ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren (IMK) der Länder in Hamburg. Auch integrationspolitische Themen standen erneut auf der Agenda.

So wurde die Einrichtung eines eigenständigen Bleiberechts für gut integrierte Jugendliche als wichtiges integrationspolitisches Signal beschlossen. Der Beschluss beinhaltet konkret, dass Jugendliche ab 15 Jahren, die seit sechs Jahren in Deutschland die Schule besuchen, künftig ein eigenständiges Aufenthaltsrecht erhalten können. So soll gut integrierten, geduldeten Jugendlichen eine eigene gesicherte Aufenthaltsperspektive eröffnet werden. Des Weiteren wurde auf der Konferenz beschlossen, die Maßnahmen zur Verstärkung der Integrati-

on zu verbessern. So sollen ausreichende Mittel für die Sprachförderung und die Vermittlung von Kenntnissen über die Rechtsordnung, die Kultur und die Geschichte Deutschlands durch Sprach- und Integrationskurse zur Verfügung gestellt werden. In diesem Zusammenhang muss aber auch die Zusammenarbeit der am Integrationsprozess Beteiligten verbessert werden. Außerdem hält es die IMK für erforderlich, bei Verstößen gegen die Verpflichtung zur Teilnahme am Integrationskurs die bestehenden ausländerrechtlichen Sanktionsinstrumente auch konsequent anzuwenden. Vor allem das Verhängen von Bußgeldern sowie die Anwendung von Verwaltungszwang, um die Pflicht zur Teilnahme am Integrationskurs durchzusetzen, müsse in diesem Zu-

sammenhang geprüft werden. Auch die Verpflichtung zur Wiederholung kann bei erfolgloser Teilnahme hierzu gehören. Als weiteres Ergebnis der IMK halten es die Innenminister und -senatoren für erforderlich, dass in Deutschland tätige Imame über deutsche Sprachkenntnisse und Kenntnisse der deutschen Kultur und Rechtsordnung verfügen müssen, um ihrer Multiplikatorenfunktion für die Integration der Muslime gerecht werden zu können. Sie begrüßen daher das bundesweite Modellprojekt des Goethe-Instituts, des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge und DITIB „Imame für Integration“, mit dem die sprachliche, interkulturelle und landeskundliche Fortbildung von Imamen in Deutschland gefördert wird. |

WIN DABEI

Italienische Community in Niedersachsen verleiht Preis

Professionalität, Engagement und Ehrenamt geehrt

HANNOVER | Im November letzten Jahres fand im Leibnizhaus Hannover die Verleihung des „Premio Com.It. Es 2010“ statt. Der Preis wird jährlich unter Zusammenarbeit des Com.It. Es Hannover mit dem italienischen Generalkonsulat an Menschen verliehen, die sich in besonderer Weise für soziales Engagement eingesetzt haben.

In diesem Jahr wurde er an Menschen verliehen, die sich für die Integration einsetzen. Unter den über 130 geladenen Gästen befanden sich neben Vertretern der communities verschiedener Nationalitäten, auch namhafte Persönlichkeiten aus Politik und Gesellschaft. Verliehen wurde der Preis des Com.It. Es (Komitee der Italiener im Ausland) an fünf Persönlichkeiten, die sich um die Integration verdient gemacht haben: Ingrid Lange (Bürgermeisterin Hannover), Dott.ssa Chiara Santucci (Vorsitzende der Deutsch-Italienischen Kulturgesellschaft in Hannover), Italina Varone Marx (Angestellte des Caritas Hannover und Vorsitzende des Comitato di Assistenza Italiana C.A.I.), Dr. Fabio Crescenti (Chirurg, Krankenhaus Siloah) sowie Dr. Fabrizio Sepe (Serengeti-Park Hodenhagen).



Die Preisträger des Premio Com.It. Es 2010

2010 stand die Preisverleihung unter dem Motto: Professionalität, Engagement und Ehrenamt. Die Begrüßungen und Preisübergaben erfolgten durch die Regentin des italienischen Generalkonsulats Hannover, Dott.ssa Maria Luisa Cuccaro und den Präsidenten des Com.It. Es Hannover, Dott. Giuseppe Scigliano. Der Premio Com. It. Es wurde 2010 zum bereits dritten Male verliehen. Nach Angaben der Com.It. Es le-

ben in Niedersachsen ca. 30.000 Menschen italienischer Abstammung. Das Komitee ist ein demokratisch legitimiertes Instrument welches Probleme erkennen und Lösungen erarbeiten soll, welche die Eingliederung in die Gesellschaft erleichtern, ohne dabei die wichtige Beziehung zur politischen, kulturellen und sozialen Realität in Italien zu verlieren. |

WIN PORTRÄT

Im Gespräch mit Michael Fürst

„Ich bin ein Verbandsfunktionär“

HANNOVER | Eigentlich wollte der hannoversche Rechtsanwalt und Notar, Michael Fürst, Lehrer für Sport und Französisch werden. Heute ist der Vorsitzende des Landesverbands der Jüdischen Gemeinden in Niedersachsen allerdings froh, dass ein Freund ihn damals zum Jurastudium in Göttingen überredete.

Seit 30 Jahren ist Michael Fürst Landesvorsitzender der Jüdischen Gemeinden in Niedersachsen und betreut damit rund 10.000 Mitglieder in den 13 Gemeinden des Flächenlandes. Als Vorsitzender kümmert er sich um den gesamten Außenauftritt des Verbandes gegenüber Verbänden, dem Land sowie dem Zentralrat der Juden in Deutschland. Eine Funktion, die er nur zu gern ausübt, denn Fürst bezeichnet sich selbst als Verbandsfunktionär. Hierin hat er neben seiner Tätigkeit als Anwalt und Notar seine Berufung gefunden, die sich in fast einem Dutzend Ehrenämtern und Mitgliedschaften in verschiedensten Verbänden und Gremien äußert. So hat er seit 20 Jahren einen Sitz im Verwaltungsrat des NDR, ist 1. Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde Hannovers, sitzt im Stiftungsvorstand der Jüdischen Gedenkstätten in Niedersachsen und war von 1980 bis 2004 Mitglied des Zentralrats der Juden in Deutschland, in dem er während seiner Mitgliedschaft auch diverse Funktionen von der Verwaltung bis hin zur Geschäftsführung ausübte.



Michael Fürst ist Jurist und Landesvorsitzender der Jüdischen Gemeinden in Niedersachsen

Glaubens sieht Fürst in der bewussten Entscheidung in Deutschland leben zu wollen. Nach dem Abitur ging Michael Fürst 1966 als erster Jude in Deutschland zur Bundeswehr und möchte die dortige Zeit als Fallschirmspringer nicht missen. Die Pflege einer guten Beziehung zur Bundeswehr war auch Bestandteil seiner Arbeit im Zentralrat der Juden in Deutschland. Für seine Verdienste um die Verständigung zwischen Juden und Bundeswehr wurde er 2009 sogar

Sein Vermittlungsgeschick und sein Engagement brachten ihm oft politische Auseinandersetzungen, aber auch einen gewissen Bekanntheitsgrad ein. Ein Ministerpräsident sei ja schließlich nicht sein Vorgesetzter, so Fürst, der sich nicht als grundsätzlich unbequem, sondern als konstruktiven Mitarbeiter bezeichnet. Als Anwalt besitze er die Fähigkeit zu abstrahieren, deutlich seine Meinung zu äußern, aber auch die des anderen zu akzeptieren. Natürlich könne er auch unbequem werden, dafür sei er in Niedersachsen bekannt, aber man könne mit ihm sehr offen diskutieren.

Nach 30 Jahren Vorsitz und Mitgliedschaft im Landesverband der Jüdischen Gemeinden in Niedersachsen sei es allerdings an der Zeit einen Nachfolger zu suchen, so Fürst, denn es müssen auch mal neue Ideen rein, die man selbst vielleicht nicht mehr habe. 30 Jahre ehrenamtliches Engagement und Herzblut haben sein Amt eng mit seiner Persönlichkeit verwoben. Aber er helfe gern, wenn es um das Einarbeiten eines möglichen Nachfolgers gehe. Sollte dieser Nachfolger gefunden sein, kann sich der 63jährige dann vermehrt der Verbesserung seines Handicaps widmen. |

„Man darf seine Empfindlichkeit eben nicht auf einem Schild vor sich her tragen.“

Michael Fürst wurde 1947 als Sohn Überlebender des Holocaust in Hannover geboren und ist bekennender Hannoveraner. Für ihn gibt es zwei Arten sich in den Prozess einzuordnen. Integration sei die Einordnung unter Beibehaltung von Kultur, Religion und Tradition. Assimilation konsequenterweise das Gegenteil. Gelingende Integration sei aber eine Mischung aus beidem. So müsse man zwar Bestandteil des Landes werden, darf aber Kultur und Herkunft keinesfalls aufgeben. Den Erfolg für Integration bei vielen Menschen des jüdischen

mit der höchsten Auszeichnung der Bundeswehr ausgezeichnet, dem Ehrenkreuz in Gold. Nach der Schule wollte Fürst eigentlich Lehrer für Sport und Französisch werden. Doch ein damaliger Freund überredete ihn dazu in Göttingen Jura zu studieren. So gründete Michael Fürst nach dem Studium und der Zulassung zur Anwaltschaft 1976 die Rechtsanwaltssozietät Fürst & Partner in Hannover. Heute ist er froh darüber, dass alles so gekommen ist, wie es ist. Dem Sport ist er als leidenschaftlicher Golfer treu geblieben.

WIN TIPPS

nifbe Niedersächsisches Institut für frühkindliche Bildung und Entwicklung

Wettbewerb: „Vielfalt als Chance – Klasse KiTas“

Im zweiten „Klasse KiTa“-Wettbewerb des nifbe werden unter dem Motto „Vielfalt als Chance“ Beispiele für die Integration bzw. Inklusion von Kindern gesucht. Gute Beispiele und Konzepte für eine Pädagogik der gelebten Vielfalt, der Begegnung von unterschiedlichen Kulturen und Lebenswelten, die Schule machen können, sind

gefragt. Teilnehmen können anerkannte Kindertagesstätten und Familienzentren in Niedersachsen. Teilnahme-Formulare und Infos gibt es unter: www.nifbe.de oder direkt über das nifbe. Einsendeschluss ist der 31. März 2011.

Ausschreibung: Sprachferiencamps der Nds. Lotto-Sport-Stiftung

Die Niedersächsische Lotto-Sport-Stiftung möchte zusammen mit dem IBBW e.V., Göttingen in den nächsten beiden Jahren in zehn Feriensprachcamps die

sprachliche Entwicklung von Kindern und Jugendlichen frühzeitig fördern und deren Integration in unsere Gesellschaft verbessern. Zur Durchführung der Camps werden regionale Kooperationspartner gesucht, die sich beim IBBW bewerben können. Infos, Beratung und Anträge gibt es beim Institut für berufliche Bildung per E-Mail an: ulrich.geisler@ibbw.de.

Niedersächsische **LOTTO-SPORT-STIFTUNG**
Bewegen · Integrieren · Fördern

Mehr Termine und Tipps finden Sie im Internet unter: www.integrationsbeauftragte.niedersachsen.de unter „Aktuelles“

WIN EMPFIEHLT

Protokoll einer Tagung: Antisemitismus in muslimisch geprägten Milieus

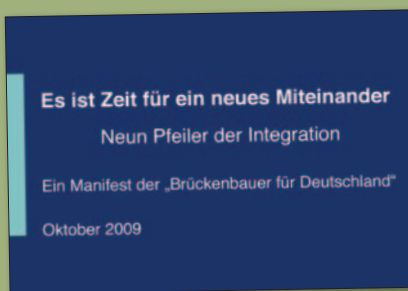
Die Broschüre zu der im März 2010 in Hannover durchgeführten Veranstaltung gibt u. A. Kurzfassungen der einzelnen Vorträge wieder und fasst die Podiumsdiskussion mit Innenminister Uwe Schünemann, Dr. Michel Friedman sowie Bekir Alboga zusammen. Zudem zeigt sie Beispiele auf, wie in der pädagogischen Arbeit oder durch Praxisprojekte vor Ort dem Antisemitismus präventiv begegnet werden kann. Die Broschüre kann beim Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration unter Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 2, 30159 Hannover angefordert werden.

Handreichung: Projektbeantragung leicht gemacht



Die Handreichung richtet sich an Aktive in Migrantenselbstorganisationen von Drittstaatsangehörigen. Die Handreichung soll einen Überblick über die Möglichkeiten der Projektfinanzierung von der Antragsgestaltung bis hin zur Kalkulation des Finanzplans bieten. Sie steht unter: www.iq-consult.de/hr_projektbeantragung zum Download zur Verfügung.

Manifest für ein neues Miteinander: 9 Pfeiler der Integration



Das Forum „Brückenbauer für Deutschland“ ist ein Netzwerk von 47 engagierten Menschen aus ganz Deutschland mit den verschiedensten Hintergründen. Es ist hervorgegangen aus dem Leadership-Programm der Bertelsmann Stiftung für junge Führungskräfte aus Migrantenorganisationen unter der Schirmherrschaft von Prof. Dr. Rita Süsmuth. Mit dem Manifest wollen die Mitglieder den Integrationsprozess in Deutschland mitgestalten und zeigen konkreten Handlungsbedarf in neun unterschiedlichen Bereichen. Das Manifest gibt es zum Download unter: www.forum-der-brueckenbauer.de.

Handreichung: Deine Rechte

Im Juni 2010 ist beim Bereich Migration & Qualifizierung des DGB Bildungswerk die Handreichung „Deine Rechte: Rechtliche Voraussetzungen für Drittstaatsangehörige zur Aufnahme einer Beschäftigung in Deutschland“ erschienen. Der Schwerpunkt des Informationsleitfadens liegt auf der Bereitstellung von Informa-

tionen zu den beschäftigungsrechtlichen Voraussetzungen der Arbeitsaufnahme von Drittstaatsangehörigen. Die Broschüre steht kostenfrei unter: www.migration-online.de zum Download zur Verfügung.



Working Paper: Mediennutzung von Migranten in Deutschland

Das Working Paper 34 bildet den achten Teil der Reihe Integrationsreport des BAMF. Es zeichnet ein detailliertes Bild der Mediennutzungsgewohnheiten von Migrantinnen und Migranten. Neben den klassischen Medien Fernsehen, Hörfunk und Print wird auch das Internet als Medium thematisiert. Auch die Mediennutzung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund wird neben weiteren Themen behandelt. Die Broschüre ist zum Download erhältlich unter: www.bamf.de.

